

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/221

Bonn, den 21. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Die DM muß stabil bleiben</u> Zur Währungssituation in der westlichen Welt	50
1 a	<u>Mit Berlin solidarisch</u> Die Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale in Berlin	53
2	<u>"Handfeste Männer" gesucht...</u> Wie sich die NPD "den Weg freimachen" will	43
3 - 4	<u>Menschenwürde respektieren</u> Das neue Strafrecht zum Schutz der Gesellschaft	69
5 - 6	<u>Tito - wieder populär wie einst</u> Beachtliches Lob für die Bundesrepublik Deutschland Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	66

*

*

*

Die DM muß stabil bleiben

Zur Währungssituation in der westlichen Welt

sp - Die Spannung und zum Teil sogar Erregung der deutschen Bevölkerung angesichts der dramatischen Ankündigungen zu den Fragen der internationalen Währungspolitik ist verständlich. Schon zweimal innerhalb von drei Jahrzehnten haben die Deutschen eine Entwertung ihres Geldes kennengelernt. Sie bangen also um die Stabilität der Währung.

In dieser Situation muß die Bundesregierung hart bleiben. Sie muß einerseits jenen, die uns zu Aufwertungsmaßnahmen veranlassen wollen, mit aller Deutlichkeit klarmachen, daß es keine gute Politik wäre, die Krankheit anderer zu übernehmen, weil man auf diese Weise mit Sicherheit selbst krank würde. Andererseits muß die Bundesregierung aber auch dabei helfen, einen allgemeinen internationalen Währungsverfall zu stoppen und - wenn möglich - zu verhindern.

Das ist die Situation, vor der wir stehen. Bundeswirtschaftsminister Schiller hat im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister und der Bundesbank jede Veränderung der Stabilität unserer Währung abgelehnt. Er hat vorgeschlagen, die Einfuhren zu verbilligen und unsere Ausfuhren vorübergehend mit einer Steuer zu belegen. Auf diese Weise soll den währungsschwachen Ländern erlaubt werden, den Währungsspekulationen im eigenen Land wirksam entgegentreten zu können.

Schiller hat aber noch ein Übriges getan. Er hat die Regierungen der infrage kommenden Länder darauf hingewiesen, daß ihre Währungen auf die Dauer nur in Ordnung gebracht werden können, wenn zusätzlich zu den jetzt getroffenen Maßnahmen eine Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeleitet wird, die mittel- und langfristig die Wiederherstellung normaler Verhältnisse sichert. Dieser Appell an die betreffenden Regierungen erfolgt nicht mit erhobenem Zeigefinger oder mit dem Unterton der Rechthaberei; er erfolgt deswegen, weil der deutschen Bevölkerung auf die Dauer nicht zuzumuten ist, die Fehler anderer auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit deutschen Opfern korrigieren zu sollen.

Wie sich im einzelnen die deutsche Hilfsbereitschaft auswirken wird, ist noch nicht sicher. Unabhängig davon muß jedoch festgestellt werden, daß Nichtstun im Augenblick die Gefahr vergrößern würde, unsere eigene Währung in einen Strudel von unüberschaubaren Manipulationen hineingezogen zu sehen. Dem vorzubeugen, war und ist die Pflicht der Bundesregierung.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß ein wesentlicher Teil der jetzt sich vor uns auftürmenden Sorgen auf das Fehlen einer gemeinsamen Währungspolitik der europäischen Staaten - in diesem Falle besonders der EWG-Mitglieder - zurückzuführen ist. Hier zeigt sich, wie wenig allen Beteiligten damit gedient ist, wenn man von Krise zu Krise nur mit Improvisationen eingreift, anstatt, auf lange Sicht, die Problematik der internationalen Währungspolitik an der Wurzel anzugehen. Die europäische Wirtschaft ist heute schon dank des Gemeinsamen Marktes so stark miteinander verflochten, daß Währungsschwierigkeiten in dem einen Land sofort ähnliche Schwierigkeiten beim Nachbarn hervorrufen müssen. Es ist zu hoffen, daß diese Erkenntnis gerade jetzt zu mutigeren Entschlüssen über eine gemeinsame Währungspolitik führen wird, als dies bisher der Fall war. Nationaler Egoismus, auch in währungspolitischen Fragen, führt heute zur Schädigung von vielen Millionen Menschen.

Mit Berlin solidarisch

Die Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale in Berlin.

ED - Am vergangenen Wochenende tagte in Berlin das Büro der Sozialistischen Internationale. Damit bekundete diese weltweite Gemeinschaft sozialdemokratischer Parteien ihre besondere Solidarität mit der Bevölkerung von Berlin.

Dr. Bruno Pittermann, Präsident der Sozialistischen Internationale und Fraktionsvorsitzender seiner Partei in Österreich, bezeichnete in einer Ansprache den Mut der Berliner Bevölkerung als einen großen Dienst für den Frieden und die Demokratie in Europa und in der Welt.

Vor den Mitgliedern des Büros der Internationale hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, eine Übersicht über die Lage der Stadt gegeben und dabei auf die besondere Bedeutung Berlins für den Ausgleich zwischen den Völkern Europas hingewiesen. Die ausländischen Gäste zeigten sich beeindruckt von den Aufbauleistungen in Berlin und hoben hervor, daß die sozialdemokratische Verantwortung für die Geschicke der Stadt den entscheidenden Beitrag zur Sicherung Berlins beigetragen habe.

Die Bürositzung selbst, an der prominente sozialdemokratische Politiker aus neun europäischen Ländern und Israel teilnahmen, beschäftigte sich vor allem mit der Erörterung weltpolitischer und organisatorischer Fragen. Die deutsche Delegation, die unter anderem aus dem Bundesaußenminister Willy Brandt und dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wenner bestand, legte in den Diskussionen den Standpunkt der SPD dar. Bundesaußenminister Willy Brandt gab dem Büro der Internationale einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Lage in Europa. Hierbei verwies er vor allem auf die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, weiterhin die Politik der Zusammenarbeit und der Entspannung unter gleichzeitiger Berücksichtigung der natürlichen Sicherheitsinteressen fortzusetzen.

Aus der Entschließung, die das Büro zum Abschluß seiner Sitzung in Berlin verabschiedete, wird deutlich, wie sehr dieser Verband sozialdemokratischer Parteien sein Augenmerk auf die harten und kritischen Fragen der Weltpolitik gerichtet hat. Mit Nachdruck weist die Sozialistische Internationale die Behauptung des Generalsekretärs der KPdSU Breschnew zurück, der zufolge die Sowjetunion ein Recht habe, in einem anderen kommunistischen Land zu intervenieren, falls nach ihrer Ansicht die kommunistische Herrschaft bedroht sei.

Im Hinblick auf Vietnam begrüßt die Sozialistische Internationale den Bombenstopp als einen ersten Schritt in Richtung auf einen Waffenstillstand.

Es lag auf der Hand, daß angesichts der jüngsten Ereignisse in Griechenland das Büro die früheren Erklärungen der Internationale erneut bekräftigte und vor allem in scharfer Form die Unterdrückungsmaßnahmen der Athener Militärregierung verurteilte.

Die Beratungen der Sozialistischen Internationale in Berlin waren ohne Zweifel ein weiterer Schritt auf dem Wege einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Parteien in aller Welt. Zugleich aber bekräftigte die Internationale ihr Engagement für alle Menschen, die sich wie die Bevölkerung von Berlin Tag für Tag für Freiheit, Demokratie und Frieden einsetzen.

"Handfeste Männer" gesucht...

Wie sich die NPD "den Weg freimachen" will

E.Sch. - Wir leben in einer aggressiven Zeit. Studentendemonstrationen mit Gewaltakten, die offenbar auf tiefstes Mißtrauen gegen die Macht des Geistes schließen lassen, Rückfall in die Methoden der Steinzeit, da Steinaxt und Keule die einzigen Argumente waren. Und doch gibt es bei der Be- und Verurteilung solcher Methode einige Milderungsgründe, die sich auf böse Erfahrungen stützen.

Erinnern wir uns: Die Weimarer Republik ging zu Grunde, weil alle ihre Bemühungen um eine wahre Demokratie zuerst heimlich, dann offen von jener Reaktion unterwandert und unter Berufung auf demokratische Verfassungsparagraphen schließlich abgewürgt wurden. An die Stelle der Demokratie trat die Diktatur, die zum Zweiten Weltkrieg und zur Verelendung Deutschlands, zu seiner Spaltung und zu wirtschaftlicher wie politischer Ohnmacht führte. Wenn in einer unerhörten Kraftanstrengung der Weg aus dem Abgrund zu neuer wirtschaftlicher und politischer Geltung gefunden wurde, war es bestimmt nicht das Verdienst jener Männer, die sich um das Banner mit den unsichtbaren - noch unsichtbaren! - Hakenkreuz geschart haben.

Hier soll nicht untersucht werden, ob eine Partei vom "Image" der NPD für die politische Arbeit überhaupt notwendig sei. Ihre "demokratische" Legitimation ist nicht erwiesen, an deren Stelle aber das wachsende Mißtrauen des Auslandes an der Ehrlichkeit unseres demokratischen Status. Nicht verteidigt werden soll das gewaltsame Vorgehen jugendlicher Demonstranten, so begreiflich deren Erregung auch sein mag. Doch die Ausfälle Thaddens gegen die im entfernten Hüttental veranstaltete Gewerkschaftskundgebung läßt ahnen, welche Tonart in Deutschland herrschen würde, wenn Herr von Thadden und seinesgleichen die politische Macht in Händen hätten. Für diese Herrschaften sind Gewerkschafter "Kebricht und Mob".

Vielleicht kann es Herr von Thadden nicht vergessen, daß es vor allem Arbeiter waren, deren Generalstreik 1920 den Putsch der Reaktionen zum Scheitern brachten. Nun sucht er "handfeste Männer", die der NPD "den Weg freimachen" sollen. Wir erinnern uns noch mit Schauern jener "handfesten Männer" in braunen Uniformen, die in Berlin führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter meuchlings ermordeten, verstümmelten, folterten, in die Konzentrationslager brachten. Mit Saalschlachten begann es, mit Straßenschlachten wurde es fortgesetzt, mit Völkermorden endete es.

Ein wahres Wort fiel in Siegen: "Ein Adolf war genug!" Eigentlich sollte die Erinnerung an die Zeit von 1923 bis '945 genügen als Appell an die Vernunft. Aber noch stets hat der gierige Griff nach Macht die Vernunft ausgelöscht und sie durch "handfeste Männer" ersetzt, als Saalordner, als Totschläger, als Tribunale. Sie sind unverkennbare Merkmale diktatorischen Willens.

Menschenwürde respektieren

Das neue Strafrecht zum Schutz der Gesellschaft

A.B. - Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß sich immer mehr Bürger unseres Staates mit der Reform des Strafrechts beschäftigen. Die Erkenntnis wächst, daß wir ein neues, zeitgemäßes Strafrecht und einen sinnvollen Strafvollzug brauchen. Manch einer scheint aber zu befürchten, das neue Strafrecht werde zu weich gegenüber dem Verbrechen und lasse drakonische Strafen und Maßregeln vermissen. Doch lehrt die Rechtsgeschichte, daß strenge Strafen keineswegs jenen kriminalpolitischen Erfolg erzielen, den ihre Befürworter erwarten. So ist auch Härte nicht der Maßstab, an dem die Güte eines Strafrechts zu messen ist. Soll es die Gesellschaft vor dem Verbrechen schützen, so muß eine zweckmäßige Kriminalpolitik nicht auf Strenge und Vergeltung, sondern allein auf Wirksamkeit abzielen.

Eine wichtige kriminalpolitische Aufgabe ist daher zunächst, den Anteil der aufgeklärten und geahndeten Straftaten im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Delikte zu erhöhen. Nur auf diesem Wege kann die Strafahndung eine abschreckende Wirkung erzielen. Deshalb muß die Aufklärungsarbeit der Kriminalpolizei unterstützt und der Strafverfolgungsapparat wesentlich verstärkt werden. Auch die Kompetenzen und Aufklärungsmöglichkeiten des Bundeskriminalamtes sollten erweitert werden. Aber auch im Strafrecht selbst muß die Effektivität gesteigert werden.

Eine Strafe ist wirksam, wenn sie soviel fühlbare Übel enthält, daß sich der zur Tat Versuchte durch die angedrohte Rechtsfolge abschrecken läßt, und wenn sie andererseits derart auf den Verurteilten einwirkt, daß er durch ihre Verbüßung wieder auf den rechten Weg gebracht und in die Gesellschaft eingegliedert wird. Die Strafrechtsreform soll das rechte Gleichgewicht zwischen diesen beiden Strafzwecken herstellen. Die richtige Auswahl der Strafe oder Maßregel ist keine abstrakte Frage, sondern ist bedingt von ihrem Nutzen für die Gesellschaft und ihr straffällig gewordenes Glied.

Nur aus dieser Überlegung und nicht im Zuge einer weichen Welle ist die Entscheidung für die einheitliche Freiheitsstrafe und für die Abschaffung der besonders ehrenrührigen Zuchthausstrafe gefallen. Mag eine besonders verwerfliche Straftat auch durchaus eine besondere Cha-

rakterisierung verdienen, so zerstört diese Diskriminierung doch leicht jede Hoffnung auf eine Wiedereingliederung des aus dem Zuchthaus Entlassenen in die Gemeinschaft ordentlicher Bürger. Hierin liegt ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Rückfälligkeit der Schwerverbrecher. Wollen wir die Rückfallkriminalität wirksam eindämmen, dann müssen wir auf das Zuchthaus als Strafart und auf andere diskriminierende Maßnahmen verzichten.

Auch die kurze Freiheitsstrafe erfüllt erfahrungsgemäß nicht den Zweck, den sie nach den Vorstellungen früherer Gesetzgeber erreichen soll. Kriminalpolitisch stiftet sie meist mehr Schaden als Nutzen. Denn sie bringt den, der einmal gestraucht ist, in verderblichen Kontakt mit erfahrenen Kriminellen und bewirkt so eine Art von Ansteckung. Die Strafverbüßung eröffnet auch kaum Möglichkeiten, positiv auf den Häftling einzuwirken, eine dauerhafte Abschreckung zu erzielen und den Weg in ein geordnetes Leben zu weisen. Erhält der Täter statt der kurzen Freiheitsstrafe eine fühlbare Geldstrafe, so bleibt ihm der schlechte Einfluß des Strafvollzugs erspart. Auch bedeutet die fühlbare, dem Einkommen und Vermögen des Verurteilten angemessene Geldstrafe zwar einen Verzicht auf Konsum und Annehmlichkeiten für ihn und seine Familie, beraubt ihn aber nicht seiner Arbeitsstelle und seines Einkommens und entzieht ihm auch nicht den familiären Bindungen. Die Eindämmung der kurzen Freiheitsstrafe zugunsten einer individuell-angemessenen Geldstrafe konkretisiert so den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Sozialstaatlichkeit.

Das neue Strafen- und Maßregelsystem muß allerdings ergänzt und erst sinnvoll gemacht werden durch einen zwar strengen, aber menschenwürdigen Strafvollzug in modernen, zweckmäßig organisierten und nach Tätergruppen differenzierten Anstalten. Der Freiheitsentzug darf sicher nicht zum Kuraufenthalt werden, aber er muß die Menschenwürde und die anderen Grundrechte des Gefangenen respektieren. Dazu müssen die Vollzugsbeamten besonders ausgesucht und ausgebildet werden, damit sie dem gutwilligen Gefangenen zu einem neuen Anfang verhelfen können. Humanität und Effektivität im Strafrecht und Strafvollzug sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander und bieten Gewähr für den Schutz, den die Bürger mit Recht von einem modernen Strafrecht erwarten.

Tito - wieder populär wie einst

Beachtliches Lob für die Bundesrepublik Deutschland

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Jahrelang hatten Belgrader Beobachter vom alternden Tito den Eindruck, seine Erfolgskarriere neige sich dem Ende zu. Die für die Bevölkerung teilweise harten Folgen der einschneidenden Wirtschaftsreform, die enge Anlehnung Jugoslawiens an die Sowjetunion bei gleichzeitiger Weiterverfolgung der Linie der Blockfreiheit ließen die Popularitätskurve des Staats- und Parteipräsidenten immer weiter sinken. War Tito vorher für breite Massen der Bevölkerung eine Art nationales Idol gewesen, dem man nur mit äußerster Pietät entgegentreten konnte, so flochten sich in den letzten Jahren in die Unterhaltungen immer häufiger Witze und Anspielungen auf den aufwendigen Lebensstil des Marschalls von Jugoslawien ein.

Doch zunächst kamen ihm die Studenten, dann die Sowjets zur Hilfe: Die Bevölkerung, jeder inneren oder äußeren Störung ihres Friedens und Aufbaus abgeneigt, schenkte dem Mann an der Spitze wieder ihr volles Vertrauen, das erlässlich einer Rede in der slowenischen Metropole Osijek in einer Begeisterungstaumel umschlug, in eine Euphorie zugunsten der Partei und Titos, die keine Grenzen mehr kannte.

Dementsprechend zeigte sich Tito wieder wohlgelaunt und verschenkte spaßige Bemerkungen an seine rund 200 000 Zuhörer - die Gruppen Jugendlicher vor der Rednertribüne seien ihm zu stürmisch, bemerkte er; das nächste Mal wolle er dafür sorgen, daß ältere und ruhigere Zuhörer sein Podium vor der Begeisterung schützten. Aber, so fügte er dann klug hinzu: "Ich verstehe euch!"

Tito versteht sein Volk, von dem er während der Rede sagte, es sei ein spezifisches, und diese Anspielung mag den kommunistischen Genossen jenseits der naheliegenden ungarischen Grenze bitter in den Ohren geklungen haben, denn der Marschall erklärte, worin die Besonderheit der jugoslawischen Völker bestehe: Sie hätten sich ihre Souveränität mit ihrem eigenen Blut erkämpft

und würden sich gegen jeden Versuch, diese Selbständigkeit zu beschränken, noch auf die gleiche Weise wenden. Der Sozialismus, so sagte Tito, lasse sich nicht auf Bajonetten oder mit administrativen Maßnahmen errichten, sondern nur mit Hilfe der Zustimmung des Volkes, und diese Zustimmung schlug dem Präsidenten in Osijek immer wieder entgegen.

Doch Tito erhöhte für die Gegner Jugoslawiens die Warnstufe noch, indem er nicht nur auf die Geschlossenheit aller jugoslawischen Völker und ihre Verteidigungsbereitschaft hinwies, sondern auch das hohe Ansehen und die vielen Freunde erwähnte, die Jugoslawien in aller Welt habe - namentlich erwähnte der Präsident Großbritannien, Belgien, Holland, die skandinavischen Länder, mit besonders positivem Akzent die beiden westlichen Nachbarn Italien und Österreich und in einem besonders herausgehobenen Teil seiner Rede die Bundesrepublik Deutschland, die seinerzeit trotz des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen den Handel mit Jugoslawien fortgesetzt habe und in der man nun, nach Aufnahme der Beziehungen, einen gleichberechtigten Partner gefunden habe.

Titos Hinwendung zum Westen, besser gesagt zu Westeuropa, kam auch in seinen Ausführungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Ausdruck. Er gab sich die Mühe, seinem Publikum in etwa die Funktionen der EWG zu erklären und appellierte an seine Zuhörer, selbst Anstrengungen zu unternehmen, um die für Jugoslawiens Agrargüter immer höher werdenden Zollschranken des Gemeinsamen Marktes überwindbar zu machen - ohne allerdings zu vergessen, auch an Brüssel eine Warnung zu richten: Wer Jugoslawien in dieser Situation besondere Schwierigkeiten auf dem Außenhandelssektor mache, müsse mit entsprechenden Gegenmaßnahmen rechnen.

Das Volk von Osijek applaudierte dem Führer Jugoslawiens, wohin er es mit seiner Rede auch immer führte, und bestätigte auf diese Weise, was Tito so ausdrückte: Die Partei, so sagte er, habe auch in dieser Situation wieder die volle Verantwortung für alles übernommen, was vorgesehen werden müsse - wie schon einmal, 1941, als Jugoslawien von einer anderen Okkupation überrascht wurde.